

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Ar. 18. 43. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Zugangspreis
pro Vierteljahr 90 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO16, Michaelkirchstr. 14II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 3. Mai 1929

Resultat der Wahlen zum Verbandstag in Dresden.

Die vorgenommenen Hauptwahlen zeigten folgendes Ergebnis. Es wurden gewählt:

Im 1. Wahlkreis, Berlin: Blume, Osten, Pincowsky, Billig, Hohls und Schüttele.
Im 2. Wahlkreis, Offenbach: Bupesch, Galm, Jung und Ortel.
Im 3. Wahlkreis, Stuttgart: König und Schindler.

Im 4. Wahlkreis, Frankfurt a. M.: Albert.
Im 5. Wahlkreis, München: Westhaller.
Im 6. Wahlkreis, Nürnberg: Noch nicht eingegangen.

Im 7. Wahlkreis, Chemnitz: Braun.
Im 8. Wahlkreis, Dresden: Müller.
Im 9. Wahlkreis, Leipzig: Mehe.
Im 10. Wahlkreis, Hannover: Sohns.
Im 11. Wahlkreis, Hamburg: Witten.
Im 12. Wahlkreis, Bielefeld: Qualmann.
Im 13. Wahlkreis, Köln: Schäfer.

Es wurden Stimmen abgegeben:

Im 14. Wahlkreis: 528 gültige Stimmen. Davon erhielten Stomb in Görlitz 297, in Breslau 2, in Lauban 7, in Riesty 18, zusammen 324 Stimmen; Walter in Breslau 198, in Riesty 6, zusammen 204 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 265. Gewählt ist Stomb.

Im 15. Wahlkreis: 472 gültige, 8 ungültige Stimmen. Davon erhielten Baumgart in Rottbus 26, in Glogau 6, in Liegnitz 35 und in Jossen 1, zusammen 68 Stimmen; Becker in Beelitz 8, in Brandenburg 1, in Grünberg 19, in Lützenwalde 1, in Schneidemühl 1, in Spandau 54 und in Jossen 5, zusammen 92 Stimmen; Grubbe in Beelitz 31, in Brandenburg 90, in Lützenwalde 9, in Potsdam 13 und in Rathenow 8, zusammen 151 Stimmen; Juhnke in Frankfurt a. d. O. 25, in Guben 3, in Landsberg a. d. W. 38, in Schneidemühl 4, in Spandau 2 und in Jossen 1, in Müllrose 38, zusammen 161 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 237. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Grubbe und Juhnke.

Im 16. Wahlkreis: 476 gültige, 2 ungültige Stimmen. Davon erhielten Dannehl in Königsberg 83, in Danzig 33 Stimmen, zusammen 116 Stimmen; Lappan in Königsberg 1, Greifswald 17, in Köslin 11, in Stargard 13, Sietlin 144, in Stolp 20, in Stralsund 23, in Swinemünde 8, in Zehdenick 20, zusammen 266 Stimmen; Winkler in Allenstein 18, in Elbing 32, in Guttstadt 37, in Königsberg 1, in Danzig 6 Stimmen, zusammen 94 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 239. Gewählt ist Lappan.

Im 17. Wahlkreis: 640 gültige, 6 ungültige Stimmen. Davon erhielten Anders in Güstrow 23, in Harburg 3, in Iphoe 8, in Kiel 2, in Neustadt 2, in Rostock 94 und in Schwerin 1, zusammen 133 Stimmen; Eisner in Bismar 44; Lange in Kiel 104, in Krakow 15, in Neumünster 22 und in Schwerin 29, in Flensburg 15, zusammen 185 Stimmen; Mollenhauer in Harburg 6 und in Lübeck 43, zusammen 49 Stimmen; Nitolat in Güneburg 15, in Magdeburg 136 und in Neustadt 1, zusammen 152 Stimmen; Wille in Neustadt 77 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 321. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Lange und Nitolat.

Im 18. Wahlkreis steht das Ergebnis der Wahl noch nicht endgültig fest.

Im 19. Wahlkreis: 536 gültige, 4 ungültige Stimmen. Davon erhielten Halbauer 0 Stimmen; Kluge in Gera 43, in Geringswalde 8 und in Plauen 9, zusammen 60 Stimmen; Eißner in Baunach 116, in Crimmitschau 23, in Freiberg 1, in Oberneukirch 112 und in Zittau 16, zusammen 268 Stimmen; Schäfer in Geringswalde 3, in Meerane 21, in Werbau 23 und in Zwickau 68, zu-

ammen 115 Stimmen; Steber in Freiberg 86 und in Wurzen 7, zusammen 93 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 269. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Eißner und Schäfer.

Im 20. Wahlkreis: 564 gültige, 53 ungültige Stimmen. Davon erhielten Dressel in Koburg 101 und in Erlangen 3, zusammen 104 Stimmen; Körner in Ansbach 15, in Bamberg 38, in Erlangen 124 und in Rothenburg 46, zusammen 223 Stimmen; Steinemann in Augsburg 23, in Erlangen 7 und in Ulm 207, zusammen 237 Stimmen. Die absolute Mehrheit ist 283. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Körner und Steinemann.

Im 21. Wahlkreis: 520 gültige, 1 ungültige Stimme. Davon erhielten Fahnicht in Göppingen 11, in Kaiserslautern 7, in Ruppenheim 1, in Konstanz 1 und in Reutlingen 24, zusammen 44 Stimmen; Reidig in Fahrenau 17, in Freiburg 11, in Heidelberg 17, in Karlsruhe 11, in Mannheim 248, in Konstanz 1 und in Speyer 7, zusammen 310 Stimmen; Jamsesing in Heilbronn 98, in Karlsruhe 1, in Ruppenheim 27, in Reutlingen 2, in Konstanz 40, zusammen 168 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 261. Gewählt ist Reidig.

Im 22. Wahlkreis: 408 gültige, 1 ungültige Stimme. Davon erhielten Horn in Darmstadt 72, in Mainz 2 und in Wiesbaden 2, zusammen 76 Stimmen; Kriebel in Mainz 4, in Saarbrücken 9, in Wiesbaden 47, zusammen 60 Stimmen; Schured in Mainz 114, in Rüsselsheim 143, in Saarbrücken 2, in Weiskar 10 und in Wiesbaden 3, zusammen 275 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 202. Gewählt ist Schured.

Im 23. Wahlkreis: 401 gültige, 7 ungültige Stimmen. Davon erhielten Döring in Eberfeld 91, in Gumpersbach 12, in Hagen 2, in Hunfing 60 und in Mülfath 9, zusammen 174 Stimmen; Finis in Kassel 178 Stimmen; Kreimer in Eberfeld 4, in Hagen 45, zusammen 49 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 201. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Döring und Finis.

Im 24. Wahlkreis: 433 gültige Stimmen. Davon erhielten Berger in Bochum 19, in Dortmund 5, in Düsseldorf 2, in Essen 159, in Gelsenkirchen 18, in Hamm 6 und in Wiersen 3, zusammen 212 Stimmen; Riefert in Krefeld 8, in Dortmund 19, in Düsseldorf 163, in Essen 2 und in Wiersen 29, zusammen 221 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 217 Stimmen. Gewählt ist Riefert.

Im 25. Wahlkreis: 410 gültige, 14 ungültige Stimmen. Davon erhielten Anton in Erfurt 4, in Gotha 47, in Jena 22 und in Weimar 24, zusammen 97 Stimmen; Elze in Mchtersleben 7, in Dessau 88, zusammen 95 Stimmen; Müller in Altenburg 8, in Halberstadt 1, in Halle 2, in Jena 1, in Mühlhausen 44, zusammen 56 Stimmen; Bichel in Apolda 1, in Erfurt 21 und in Mühlhausen 1, zusammen 23 Stimmen; Seibt in Apolda 5, in Eöthen 12, in Duderstadt 10, in Halberstadt 6, in Halle 97 und in Stenbal 9, zusammen 139 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 203. Es hat Stichwahl stattgefunden zwischen Anton und Seibt.

Im 26. Wahlkreis: 593 gültige, 3 ungültige Stimmen. Davon erhielten Fröbel in Arnstadt 2, in Eisenach 54, in Geraberg 266 und in Zeitz 8, zusammen 330 Stimmen; Bindner in Arnstadt 5, in Geraberg 1, in Zeitz 257, zusammen 263 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 297. Gewählt ist Fröbel.

Die Stichwahlen im 15., 17., 19., 20., 23. und 25. Wahlkreis finden statt in der Zeit vom 11. bis einschließlich 18. Mai. Die Resultate sind sofort nach der Stichwahl, spätestens bis 22. Mai einzufenden. Stimmen, die auf andere als die zur Stichwahl stehenden Kandidaten fallen, sind ungültig.

Der Hauptvorstand. J. A.: Blum.

Unsere statistische Erhebung vom Jahre 1928.

Statistische Erhebungen über Berufsverhältnisse — das Zusammentragen von Zahlenmaterial — ist nicht jedermanns Sache. Die Einwände, die dagegen erhoben werden, haften jedoch zumeist an der Oberfläche. Denn zuletzt bei aller Schematik, die bei aller Statistik unvermeidbar ist, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die positiven Angaben über die jeweiligen Verhältnisse auf realer Basis beruhen. Deshalb sind statistische Erhebungen von großem Wert, besonders dann, wenn die in Betracht kommende Materie im allgemeinen und im einzelnen in einem im Verhältnis zum Ganzen stehenden Umfange erfaßt wurde. Als Vergleichsmaterial sind die jeweiligen Feststellungen einer Statistik immer wertvoll. Gibt doch das festgestellte Zahlenmaterial nicht nur allgemeine Aufschlüsse, sondern es zeigt auch die Wandlung der inneren Struktur der Berufe.

Die letzte amtliche Berufszählung, die sich periodisch wiederholt, war bekanntlich im Jahre 1925. Die Grundlage dieser Erhebung, die Gliederung der Berufsarten, die Gruppierung der einzelnen Spezialfächer ging von einer wesentlich anderen Voraussetzung aus, als das bei unserer letzten Zählung Ende 1928 der Fall war. So ist zum Beispiel bei der Gruppe „Herstellung von Leder- und Sattlerwaren“ auffällig, daß 28 638 Selbständige verzeichnet sind. Bei der näheren Prüfung und Detaillierung der charakteristischen Berufe ergibt sich, daß die Kleinmeister im Sattlergewerbe mit der gesamten Lederwarenindustrie zusammen registriert wurden. Demzufolge auch die Beschäftigten. Insgesamt werden als beschäftigte Sattler 45 202, wovon 1542 weibliche sind, in der genannten Gruppe gezählt. Bei der Berufsgliederung fehlen die Portefeuille, wahrscheinlich als „Sattler“ deklariert. Auch bei der Ledertreibriemenindustrie, die besonders behandelt wurde, geht nicht mit Sicherheit die Struktur hervor; wieviel Facharbeiter, Hilfsarbeiter und insbesondere Arbeiterinnen in der Produktion vorhanden sind. So wurden nur 1285 Sattler, also gelernte Facharbeiter, gezählt. Ferner sind in der Reichsberufszählung natürlich noch eine ansehnliche Zahl Sattler, die in allen möglichen Industrie- und Berufszweigen beschäftigt sind, festgezählt worden. In derselben amtlichen Berufszählung ist die Zahl der beschäftigten weiblichen Personen, zum Beispiel im Tapezierergewerbe, so niedrig angegeben, daß sie in keinem Vergleich zu der tatsächlich vorhandenen Zahl steht. Daraus ergibt sich, daß die angewandte Methode der amtlichen Zählung eben ganz andere Voraussetzungen hatte als dies bei unseren Erhebungen zutrifft. Zu beachten ist ferner, daß sich unsere Statistik auf die Beschäftigten in den Betrieben, soweit wir davon Angaben erhielten, aufbaut, während es sich bei der amtlichen Feststellung von 1925 um eine Berufszählung im allgemeinen handelt.

Seit der Verschmelzung der Verbände im Jahre 1920 haben wir drei Statistiken zusammengestellt. Die erste 1922, die zweite 1925 und die hier folgende vom Ende des Jahres 1928. Gleichzeitig ist der Hinweis nötig, daß den drei Erhebungen immer dasselbe Schema der Fragestellung zugrunde lag. Dies ist insofern vorteilhaft, weil sich dadurch die notwendigen Vergleiche ziehen lassen. Der Eingang der Statistikfragen, an den beiden vorherigen Erhebungen gemessen, muß als befriedigend bezeichnet werden, soweit dies die Ortsfragebogen betrifft. Dabei muß hervorgehoben werden, daß auf Grund der Ortsfragebogen weit mehr Beschäftigte gezählt wurden, weil naturgemäß nicht alle Betriebe am Ort die Betriebsfragebogen ausgestellt haben. Besonders die Kleinbetriebe mit einem Gehilfen oder Lehrling haben vielfach keine Betriebsfragebogen ausgefüllt; jedoch konnten die Lehrlinge an den meisten Orten — auf Grund von Beleglisten — zahlenmäßig festgestellt werden. Deshalb ist gerade hier der Unterschied zwischen den Erfassten

im Ortsfragebogen und den durch Betriebsfragebogen Ermittelten vorhanden. Wichtig sind die Angaben auf den Betriebsfragebogen deshalb, weil die Aufschlüsse über das Alter, über Tätigkeit, ob Facharbeiter, Hilfsarbeiter, Arbeiterin oder Lehrling, geben. Gibt der Ortsfragebogen über den Umfang der Betriebe und der Beschäftigten ein allgemeines Bild, so zeigen die Betriebsangaben die innere Struktur der einzelnen Berufe. Aus diesem wichtigen Grunde wurden die Ergebnisse des Betriebsfragebogens verwendet.

Ortsfragebogen hatten eingeleitet und beantwortet im Jahre 1922: 324 Orte, 1925: 351 Orte, 1928: 359 Orte. Erfaßt wurden: 1922: 11 195 Betriebe, 1925: 13 474 Betriebe, 1928: 14 384 Betriebe; davon waren Alleinbetriebe, also Betriebe ohne Beschäftigte: 1922: 5804, 1925: 6385, 1928: 6657; die Alleinbetriebe haben also ständig zugenommen.

In den einzelnen Branchen ergibt sich folgendes Bild: Das Prozentualverhältnis bei den Handwerksattlern sowie bei den Tapezieren ist besonders charakteristisch für diese Berufe.

Betriebe	Alleinbetriebe	Proz.	
Handwerksattler	3 204	1712	53,43
Lederwarenindustrie	908	158	17,50
Treibriemenindustrie	203	13	6,40
Fahrzeugindustrie	615	73	14,15
Sonstige Betriebe	329	12	3,65
Tapezierergewerbe	9 229	4689	50,81
Insgesamt	14 384	6657	46,28

Groß ist die Zahl der Betriebe, die nur 1 bis 3 Beschäftigte haben, und stehen diese im Verhältnis zu den Gesamtbetrieben mit Beschäftigten wie folgt: Im Jahre 1922 waren es 2993 oder 63,2 Proz., 1925: 4485 oder 55,5 Proz. und im Jahre 1928: 5267 oder 66 Proz. Also nur 34 Proz. haben vier oder mehr Beschäftigte. Allerdings muß dabei in den einzelnen Branchen scharf unterschieden werden; so sind im Verhältnis solche Zweigbetriebe am stärksten bei den Handwerksattlern 90 Proz., bei den Tapezieren 70 Proz., in den sonstigen Branchen 65 Proz., in der Fahrzeugindustrie 53 Proz., bei den Treibriemen 55 Proz. und bei den Lederwarenarbeitern 28,6 Proz. vorhanden. Betriebe, die 21 und mehr Beschäftigte haben, sind von 376 im Jahre 1925 auf 503 Ende 1928 gelangten. Eine starke Zunahme von größeren Betrieben hat das Tapezierergewerbe aufzuweisen. Eine weitere Konzentration zu größeren Betrieben ist in der Lederwarenindustrie und Fahrzeugindustrie festgestellt worden. Dagegen haben sich die Betriebe mit über 21 Beschäftigten in der Treibriemenindustrie vermindert.

Die Zahl der Beschäftigten.

Kritisch ist nicht nur die Zahl der Betriebe, sondern inselbesonders auch die Zahl der Beschäftigten, die durch den Ortsfragebogen ermittelt werden, größer als in den Jahren zuvor. Die folgende Aufstellung gibt eine Vergleichsmöglichkeit. Danach waren vorhanden:

Jahre	Beschäftigte mit Beschäftigten	Beschäftigte männl.	Beschäftigte weibl.	Lehrlinge	Insgesamt
1922	5391	27 083	9 716	3500	40 299
1925	7039	29 202	10 064	7210	46 476
1928	7898	33 099	12 360	8435	53 894

Die einzelnen Branchen in ihrem Stärkeverhältnis

zur Gesamtzahl stellen Beschäftigte: Lederwarenindustrie: 42,1, Tapezierergewerbe: 34,4, Fahrzeugindustrie: 10,3, Handwerksattler: 6, Treibriemenindustrie: 3,8, sonstige Branchen: 3,4 Proz. Ein besonderes Kapitel bildet die Lehrlingshaltung, das extra behandelt werden soll. Denn wir haben die Lehrlinge im Vergleich zur amtlichen Zählung bei weitem nicht erfaßt.

In der Heimarbeitindustrie der Lederwarenherstellung wurden 13 Orte mit 163 Betrieben mit 1496 männlichen und 315 weiblichen Heimarbeitern gezählt. Es sind sicher mehr. Leider läßt uns auch hier die amtliche Erhebung vom Jahre 1925 im Stich. Es ist nur von mittelebenden Familienangehörigen die Rede, die mit 2011 insgesamt angegeben sind, wovon 1348 weibliche. Den Löwenanteil hat Offenbach, dann folgt Berlin, und in weitem Abstand haben noch weitere 10 Orte Angaben über Heimarbeit gemacht.

Im Tapezierergewerbe ergab die Zählung in 5 Orten 6 Betriebe mit 6 männlichen und 35 weiblichen Heimarbeitern. Ueber die innere Struktur der einzelnen Branchen haben die Betriebsfragebogen wertvolle Aufschlüsse gegeben. Die Angaben, wieviel Facharbeiter, Hilfsarbeiter, sowie Arbeiterinnen in den maßgebenden Branchen beschäftigt werden, das jeweilige Alter derselben, ist zur Beurteilung der Verhältnisse hinsichtlich der Produktion sicher von Belang. Bei der Betrachtung dienen zum Vergleich die Erhebungen vom Jahre 1922. Eine der wichtigsten Fragen, ob die Facharbeiter allgemein in den aufgeführten Branchen zurückgegangen sind, ergibt sich aus der Gegenüberstellung. Im Jahre 1922 wurden auf je 100 Beschäftigte 67,6 Proz. einschließlich der Lehrlinge, im Jahre 1928 66 Proz. Facharbeiter gezählt. Nimmt man die Lehrlinge aus, so ergibt sich 1922: 59 Proz., dagegen 1928: 53,7 Proz. Aber in den einzelnen Branchen hat sich das Verhältnis doch erheblich mehr gewandelt als im Ganzen, wie folgender Vergleich zeigt. Abgesehen von den Handwerksattlern, wo sich 96 Proz. Facharbeiter und nur 4 Proz. Hilfskräfte gegenübersehen, ist dies bekanntlich auch hinsichtlich der Produktion ohne großen Belang, weil es sich doch meist um Reparaturbetriebe handelt. Die sonstigen Branchen mit 83 Proz. Facharbeitern, 6,7 Proz. männlichen und 10,3 Proz. weiblichen Hilfskräften brauchen nicht näher in Erwägung gezogen werden, weil dabei zu verschiedene Verhältnisse mitsprechen, setzt sich diese Branche doch aus Plattenattlern, orthopädischen Sattlern, Betriebsattlern und dergleichen kleinen Gruppen zusammen. In der Treibriemenindustrie sind neben den 67,7 Proz. Facharbeitern besonders die Hilfsarbeiter mit 21,7 Proz. stark vertreten, jedoch sind nur 7,6 Proz. Frauen beschäftigt. In der Fahrzeugindustrie sind 71 Proz. Facharbeiter, 7,6 Proz. Hilfskräfte, aber 21,4 Proz. Arbeiterinnen. In der Lederwarenindustrie wurden 45,9 Proz. Facharbeiter, 11,6 Proz. Hilfsarbeiter und 42,5 Proz. weibliche Beschäftigte gezählt. Im Tapezierergewerbe wurden 81,5 Proz. Facharbeiter ermittelt, 5,1 Proz. Hilfsarbeiter, aber 13,4 Proz. weibliche Beschäftigte. Im allgemeinen hat die Frauenarbeit in den Branchen Lederwarenindustrie, Fahrzeugindustrie und im Tapezierergewerbe im Laufe der letzten Jahre immer mehr Boden gewonnen. Da-

gegen haben die Facharbeiter im Vergleich zum Jahre 1922 abgenommen, so in der Fahrzeugindustrie um 10,6 Proz., in der Lederwarenindustrie um 3,9 Proz., und im Tapezierergewerbe um 1,3 Proz. Ferner ist festgestellt worden, daß die Gesamtzahl der in der Ledertreibriemenindustrie Beschäftigten zurückgegangen ist. Auch bei den Handwerksattlern hat sich die Zahl der beschäftigten Gehilfen ständig verringert.

Die Erhebungen geben eine Fülle von Anregungen in der Beurteilung unserer Branchenverhältnisse. Nur die markanten Tatsachen, Wandlungen, Veränderungen konnten hier mit wenigen Strichen gekennzeichnet werden. Weit umfangreicher sind die Verhältnisse in dem demnächst erscheinenden Jahresbericht vom Jahre 1928 geschildert. Zum Schluß darf betont werden, daß die periodische Erhebung zur Schätzung unserer Berufsverhältnisse für unsere Organisationsarbeit von unschätzbarem Nutzen ist, will man die Wandlung und die Entwicklung, die die moderne Technik mit sich bringt, nur einigermaßen klar erkennen. Die Kenntnis unserer Berufsverhältnisse ist die erste Vorbedingung zu unserer Organisationsarbeit. — f. g. —

Trotz Arbeitslosigkeit starke Steigerung der Sparkasseneinlagen.

Mit einiger Vermunderung wurde die Tatsache bemerkt, daß die Sparkasseneinlagen im Januar und Februar des laufenden Jahres trotz der enorm gestiegenen Arbeitslosigkeit gegenüber den entsprechenden Monaten des Vorjahres nicht gesunken waren. Betrug die Zunahme der Sparkasseneinlagen (Einzahlungen nach Abzug der Auszahlungen) im Januar des Vorjahres 380 Millionen Mark, im Februar 241,6 Millionen Mark, so betraf sie sich im Januar des laufenden Jahres auf 425,3 Millionen, im Februar auf 239,1 Millionen Mark. Allerdings enthalten die diesjährigen Sparkasseneinlagen viel höhere Zinsausflüsse, die gewöhnlich am Anfang des Jahres den Sparkasseneinlagen zugehört werden. Trotzdem ist die Entwicklung der Sparkasseneinlagen nicht ohne weiteres verständlich. Das Rätsel löst sich aber sofort, wenn man die Bewegung der Sparkasseneinlagen, Einzahlungen und Auszahlungen, in den ersten zwei Monaten von 1928 und 1929 getrennt ansieht. Dann zeigt sich, daß die Einzahlungen (die Zinsausflüsse und die Aufwertungssummen mitgerechnet) gegenüber dem Vorjahr sehr stark — von 743 und 545 Millionen auf 876 und 571 Millionen Mark — gestiegen sind. Auf der anderen Seite waren aber auch die Abhebungen von den Sparkassenaufbauten in diesem Jahre viel größer als im Vorjahre. Im Januar des laufenden Jahres wurden abgehoben 434 Millionen Mark gegenüber 362 Millionen Mark im Vorjahre, im Februar des laufenden Jahres 331 Millionen Mark gegenüber 303 Millionen Mark im Februar des Vorjahres. Inwiefern es sich um die Einlagen von Arbeitnehmern handelt, läßt sich diese Entwicklung ohne Schwierigkeit erklären. Infolge der gewaltigen Arbeitslosigkeit wurden Sparkasseneinlagen in größerem Umfang abgehoben als im Vorjahre um aus früheren Ersparnissen einen Anstoß zur Arbeitslosenunterstützung für den Lebensunterhalt zu erlangen. Auf der anderen Seite haben die Beschäftigten mehr gespart wie gewöhnlich, da gerade in Zeiten großer Arbeitslosigkeit von den Beschäftigten große Anstrengungen gemacht werden, die Ersparnisse unter Zurückstellung auch des notwendigsten Bedarfs zu erhöhen, um angesichts der Unsicherheit der Beschäftigung einen Rückhalt zu haben. Im übrigen soll hervorgehoben werden, daß die Sparkasseneinlagen nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil Ersparnisse des Arbeiter und Angestellten, zum größeren Teil Ersparnisse der Beamten, Handwerker und Kaufleute darstellen.

Wirtschaft und Kultur.

Selbständige Menschen.

Die Gesellschaft befindet sich in einem wirtschaftlichen Umwandlungsprozeß. Die wirtschaftliche Konzentration nimmt zu, die Zahl der Unselbständigen wird dadurch immer größer.

Vor Jahrhunderten arbeitete der Meister meist allein. Da war die Zahl der Selbständigen groß. Im 18. Jahrhundert kamen im Herzogtum Magdeburg auf 100 Meister nur 15,8 Gehilfen und Lehrlinge. Im Borsum kamen auf 18 Schreiner nur 2 Gehilfen, auf 26 Schuhmacher 8 Gehilfen; die Bäcker, Zimmerleute und Maurermeister hatten je 1 Gehilfen. Im übrigen arbeiteten die Meister allein. Demgegenüber sind heute drei Viertel der deutschen Staatsbürger unselbständig. Und diese Entwicklung schreitet weiter.

Die „Selbständigen“ irren sich. Selbst immer schimmer in Abhängigkeit von Lieferanten, vom Kapital, so, vom Kunden, wollen sie dennoch selbständig sein. Die äußere Selbständigkeit wollen sie wahren. Die wirtschaftlichen Formen der alten Zeit wollen sie erhalten, und sie läßt es nicht, wie die vorwärtsdrängende Zeit sie mit ihrer äußerlichen Selbständigkeit immer mehr zu Knechten des Kapitals und zu Dienern von tausend Rücksichten macht.

Die Abhängigkeit ist nicht mehr aufzuhaben. Die Gesellschaft geht ihren Weg zur neuen Wirtschaftsform, in der alle abhängig sind — und frei. Abhängig als freie Glieder eines Ganzen.

Die Gesellschaft schreitet zu einem neuen Freiheitsbegriff. Freiheit ist nicht die wirtschaftliche Selbständigkeit, sondern die innerliche Unabhängigkeit und Menschenwürde. Der wirtschaftliche Individualismus hat den Begriff vom unabhängigen Menschen entstellt, und wir sind dabei, den neuen freien Menschen zu schaffen und dem Begriff vom selbständigen Menschen zu geben einen neuen, hohen, sittlichen, nie gewesenen Sinn.

Selbständigkeit ist das Gewürz des Menschen im Recht und das ungehemmte Entfalten reinen und freien menschlichen Wesens. Wer kann sich frei nennen, wenn er

durch finanzielle Rücksichten und kapitalistische Abhängigkeiten gebunden ist? Wir sind zum neuen und stolzen Begriff vom Menschen gewachsen. Der Mensch steht zu hoch, um vor finanziellen Rücksichten und kapitalistischen Notwendigkeiten im Staube zu liegen und zu betteln.

Nur aus der Welt des freien Rechts erblüht die freie Menschenwürde. Nur wenn Gemeinschaft ist, nur wenn Gemeinshaftswelt die wirtschaftlichen Interessen trägt, ist jeder frei von Hemmung, frei von äußerlichem Zwang. Der Sozialismus nur bringt freien Menschen ihre Würde. Wir leben im Übergange zu solcher neuen sittlich-wirtschaftlichen Welt, und über das heute mit seinen Bedürfnissen ringt der Gemeinshaftskampf hinauf zu seinem Ziel. Der Menschenrecht und stolzes Menschenheiß achtet, der fühlt im Gewerkschaftskampf der abhängigen Menschen darum den Kampf um diesen neuen, innerlichen Unabhängigkeitsbegriff.

Wie sie da sorgend um ihr kleines, eigenes Wirtschaftsgeld der Ungebundenheit im Bekleiden wüßten! Die Gesellschaft schreitet da, wo der Mensch schreitet.

Demonstration.

Selt Menschen geworden, haben sie sich Symbole ihres Lebens geschaffen, Sinnbilder für ihr Denken, Glauben, Wollen. Sie machten das Kreuz zum Symbol. Sie ließen Fahnen und Banner als künstlerischen Ausdruck ihrer Freude, ihrer Trauer klattern. Doch der neue Mensch brachte neben all diesen äußeren Zeichen auch noch in anderer Weise sein Wollen zum Ausdruck, durch sich selbst. Auf die Straße bringt man nicht nur Fahnen, Sienegewand, Hüter, Teppiche und Blumen. Was kann wohl wichtiger wirken, als der Mensch mit Menschen, Waise Mensch? Was kann wohl eindringlicher sein als das lebendige Recht, das da selber schreitet? Der lebendige Mensch, der da schweigend das Höchste zum Ausdruck bringt?

Ihr habt über all euren Symbolen den Menschen vergessen! Seht ihn euch an! Erlebt es, wie da die Waise schreitet! Hört ihn auf die bebende Erde, die da unter dem Massenkreischen dröhnt!

Der Mensch hat sich selber zum Symbol der Freiheit gemacht. Durch seine Wucht in Masse. Durch seine Demonstration. Und niemand kann die Freiheit jetzt mehr hindern, denn die Freiheit ist zu Laten erwacht. Das organisierte Mensch erzwingt sie.

Demonstration, das Sinnbild organisatorischer Größe!

Die Kraft der Frau.

Die Kräfte, die die Arbeit von den Menschen verlangt, sind je nach dem Berufe verschieden. Sie sind aber auch unter den verschiedenen Geschlechtern verschieden, und doch wird im modernen Arbeitsleben von Frauen die gleiche Arbeitskraft wie von Männern verlangt.

In der Kraftleistung stehen die Frauen aber, so schreibt Prof. Rubner in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“, in allen Zeiterlöden hinter den Männern zurück. Das gilt schon für die Jugend. Bis zum 12. Lebensjahre hat das Mädchen nur acht Zehntel der Kraft der Knaben. Im 15. Lebensjahre sind Knaben und Mädchen im Gewicht etwa gleich, aber ihre Muskulatur ist dennoch nicht gleich stark, denn die Leberkraft der Mädchen macht nur 0,62 von der Kraft der Knaben. Mann und Frau unterscheiden sich bei gleichem Körpergewicht und bei mäßiger Arbeit nicht in ihrem Stoffwechsel und in ihrem Nahrungsverbrauch. Grunderschieden sind aber, so sagt Rubner, die Beschäftigungen zu größter Kraftleistung. Und wenn wir Mann und Frau in ihren besten Leistungen vergleichen, sind die Werte für die Frau nur 0,64 von denen des Mannes.

Dennoch wird die Frau heute so oft in unerhörter Weise in das Berufsleben eingezwangt. Sie hat dazu in ungeheurer vielen Fällen neben der Berufsarbeit noch ihre häuslichen Aufgaben zu erledigen. Bei solchem Hausbau an der weiblichen Gesundheit hat frühes Altern und Kränklichkeit unausbleiblich. Durch solche Überlastung ist, wie Rubner schreibt, sogar bei jungen weiblichen Personen der Verfall eines gesunden, blühenden, jugendlichen Aussehens festzustellen.

Sozialversicherung.

Abbau oder Ausbau der Sozialversicherung?

Am Zeichen des Ausbaus der Sozialversicherung vertritt die Krankenkasseninternationale ihre Arbeit. Auf der Ausdehnung, die unlängst in Genf stattfand, konnten die großen Erfolge festgestellt werden, die die Idee der Pflichtversicherung überall erzielt. Das Konföderat der schweizerischen Krankenkassen stellte ebenso wie der schweizerische Kantonsverband die Forderung der Zwangsversicherung auf, obwohl gerade in diesen Ländern die freiwillige Sozialversicherung zu nicht unbedeutenden Ergebnissen führte, indem beispielsweise in der Schweiz 82,4 Proz. der erwerbstätigen Bevölkerung von der freiwilligen Krankenkassenversicherung erfasst werden. Auch in Belgien, wo die sozialistischen Milieureine eine beachtenswerte Tätigkeit entfalten, wird ein energischer Kampf um die Einführung der Pflichtversicherung geführt, von der man eine zielbewusste Sozialhygiene und Gesundheitsfürsorge erwartet.

Die Ratifizierung der Leberereinkommen, in denen für die Pflichtversicherung gewisse minimale Forderungen aufgestellt wurden, schreitet ebenfalls vorwärts. Das Krankenkassenabereinkommen wurde unlängst von Oesterreich ratifiziert, so daß damit die Zahl der Staaten, die das Leberereinkommen ratifizierten, auf fünf gestiegen ist. Das internationale Leberereinkommen betreffend die Behandlung einheimischer und ausländischer Arbeiter bei Entschädigung infolge von Betriebsunfällen wurde bisher in 21 Staaten ratifiziert.

Während so die Idee der Zwangsversicherung, die zuerst in Deutschland Murren machte, in steigendem Maße zu internationaler Geltung gelangt, verdrängen sich in Deutschland die Angriffe der sozialen Reaktion gegen die Sozialversicherung. Anhänger der Wirtschaftspartei und der deutschnationalen Volkspartei machen für den Gedanken des Sparmanoes Propaganda. Der Gießener Professor Horneffer führte in seinem Vortrage in der Handelskammer für den Wuppertaler Industriebezirk aus, daß Kranken- und Unfallversicherung nachher Kommunitarismus seien. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände leitete eine Petition gegen die Sozialversicherung ein, und im Mittelpunkt der „etatistischen“ Betrachtungen des Hansabundes steht die Sozialversicherung, deren Abbau der Hansabund empfiehlt. Durch die Gründung neuer Annahmestellen, die von gewissen Unternehmerkreisen betrieben und von manchen Oberversicherungsämtern und vom preussischen Wohlfahrtsminister unterstützt wird, erfährt die Krankenkassenversicherung, die ohnehin zerplittert ist, eine noch größere Zerplitterung.

Der Hansabund forberte in seiner Denkschrift unter anderem die Streichung der Reichszuschüsse zur Familienwochenhilfe. An eine Streichung der Wochenhilfe kann man jedoch überhaupt nicht denken. Wie eine Erhebung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen unter seinen Mitgliedsstellen beweist, haben dank der Wochenhilfe 93 Proz. der erkrankten versicherten Wöchnerinnen ihre Säuglinge stillen können. Auf dem Gebiete der Schwangerenunterstützung sind keine ähnlich schönen Erfolge zu verzeichnen. Ueber 60 Proz. der Schwangeren haben auch in den letzten vier Wochen gearbeitet, was nur mit der geringen Höhe der Schwangerenunterstützung zu erklären ist. Deshalb fordert folgerichtig der Vorstand und der Vorstand des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen die Erhöhung des Wochenlohnes für sechs Wochen vor der Entbindung, solange die Erwerbstätigkeit eingestellt ist. Die Abschaffung des Reichszuschusses würde nur eine größere Belastung der Wirtschaft herbeiführen, da die Krankenkassen nachdringlich ihre Beiträge erhöhen müßten.

In der Nachkriegszeit müßten die Krankenkassen gegen einen hohen Krankenstand ankämpfen. Diese Erscheinung ist teilweise mit der veränderten Altersstruktur der deutschen Bevölkerung zu erklären. Der Geburtenrückgang, der Geburtenausfall und die Menschenverluste des Krieges haben eine Steigerung der höheren Altersklassen in Industrie und Handwerk zur Folge. Damit geht eine Zunahme der Krankenkassenlast Hand in Hand. Wie Dr. Telesch's Abhandlung über die Krankheitsstatistik der rheinischen Krankenkassen zeigt, gelangt der Verlust der Krankheitsfälle bei Männern meist in den obersten Altersklassen zum Gipfelpunkt. Dazu kommt noch die Zunahme der Arbeit der Frauen, die in Industrie und Handwerk in der Regel eine größere Erwerbsunfähigkeit aufweisen als Männer. Schon die Zunahme des Krankentandes, die teilweise wirtschaftlich bedingt ist, macht den Ausbau der Gesundheitsfürsorge notwendig. Die Richtlinien der Reichsregierung über die Gesundheitsfürsorge in der veränderten Bevölkerung trachten nicht nach einer Einengung, sondern nach einer Vertiefung und Erweiterung der Gesundheitsfürsorge. Besonders der Invalidenversicherung ermahnen durch die Richtlinien neue Aufgaben. Während die Kosten der Bekämpfung von Gesundheitskrankheiten, die meist keiner dauernden Maßnahmen bedürfen, in der Regel den Krankenkassen zu lasten werden, wird der Kostenumfang der Tuberkulosebekämpfung, soweit ein besonderes Verfahren erforderlich ist, von der Invalidenversicherung getragen werden.

Durch eine Drosselung der Zuwendungen des Reiches an die Invalidenversicherung würden die Richtlinien über die Gesundheitsfürsorge undurchführbar. Aber auch die Förderung des Wohnungsbaues, wozu die Invalidenversicherung Hilfe leistet, und die Entlastung der Arbeitslosenversicherung würden durch den beschränkten Abbau der Invalidenversicherung eine starke Einbuße erleiden. Die Lage der Invalidenversicherung erhellt aber auch aus anderen Gründen keinen Abbau, sondern einen Ausbau. Aus der Denkschrift der Regierung über die Entwicklung der Finanzen der Invalidenversicherung geht hervor, daß in der Invalidenversicherung nur bis zum Jahre 1933 Ueberschüsse zu erwarten sind. Die Festbeträge nach 1933 werden rasch steigen und im Jahre 1938 jährlich etwa 285 Millionen Reichsmark erreichen. Ohne Aufbau weiterer Sozialklassen ist die Deckung dieser Festbeträge kaum möglich. Die Forderung der Regierung, daß aufwärts bis über 1300 Millionen Reichsmark hinausgehen

den Zwecken der Knappschafts- und Invalidenversicherung zugeführt werden, bedeutet einen erheblichen Fortschritt. Nicht nur die Invalidenversicherung, auch die Angestelltenversicherung trägt zur Förderung des Wohnungsbaues bei. In der Angestelltenversicherung wurden einige Verbesserungen erreicht, indem eine einheitliche Wartezeit eingeführt wurde. In der Regel wurde die Wartezeit auf 60 Beitragsmonate herabgesetzt. Angestellten, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahre ununterbrochen arbeitslos sind, wurde ein vorübergehender Anspruch auf Ruhegeld gewährt.

Eine erhöhte Mitwirkung der Versicherungsnehmer wird in der Unfallversicherung erstrebt. Der Ausschuh des ADGB verlangt die Stärkung der Position der Betriebsräte bei Betriebsrevisionen und die gesteigerte Teilnahme der Arbeiterkraft an der Arbeit der Unfallberühmung, die durch die Rationalisierung besonders zeitgemäß wurde. In einem Entwurf des Reichsarbeitsministeriums wird die Aufstellung eines einheitlichen Versicherungssträgers geplant für alle der Unfallversicherung neu unterstellten Betriebe und Personentreife.

Zu den wichtigsten Problemen der österreichischen Sozialversicherung gehört die Frage der Arbeitslosenfürsorge. Oesterreich hat noch in der Erwerbslosenfürsorge die Stufe der Bedürftigkeitsprüfung nicht überwunden. In den Jahren 1926-1928 ist, wie die Berichte des österreichischen Bundesministeriums für soziale Verwaltung aufzeigen, in der Höhe der Arbeitslosigkeit eine gewisse Stetigkeit zu verzeichnen. Die Gesamtausgaben der Arbeitslosenfürsorge beliefen sich im Jahre 1926 auf 152, 1927 auf 153, 1928 auf 157,8 Millionen Schilling. Die letzte Zahl enthält auch die Ausgaben für die Altersfürsorge, die in Oesterreich mit den Maßnahmen der



Der Restant

Kein gutes Mitglied dem Verband ist der Restant, der mit dem Beitrag wiederholt reffiert und so die Schuldentafel des Kassierers ziert. Wenn dann die Schuld zum blauen Galen stimmt, ist es so schwer, sie zu begleichen. Der eine zahlt und schimpft und ist auf wen ergrimmt, der andere aber läßt sich streichen. So ist's verkehrt!
Wer seinen Beitrag wüßentlich begleicht, erkennt, daß leichter es dafür schon reicht. Der Obelus, den der Verband begehrt, ist nur ein winzig kleiner Teil von dem, was der Verband dem Mitglied hat erstritten. So nehmen ist zwar angenehm, jedoch zu geben: „Darf ich bitten?“ Am Außerfolg gemessen, ist der Beitrag klein, damit er Mittel hat, wenn Unrecht du erduldest, dein mächtiger Verteidiger zu sein. Auf klingende Erfolge willst du nicht verzichten, auf Recht und Schutz desgleichen nicht. Befolge drum des Mitglieds erste Pflicht: den Beitrag pünktlich zu entrichten! Dann keine Ehre sich und dem Verband schaffst der Restant!
Victor Reinsmetl



Arbeitslosenfürsorge in engem Zusammenhange steht. Die Abnahme der Arbeitslosenzahl im Zentrum der österreichischen Industrie, in Wien, und die Zunahme derselben in den agrarischen Bundesländern ist besonders auffallend. Dies hängt mit der großzügigen Förderung des Wohnungsbaues durch die Gemeinde Wien zusammen. Die produktive Arbeitslosenfürsorge wird weder in Deutschland noch in Oesterreich besonders bevorzugt. Im Jahre 1927 wurden in Oesterreich insgesamt für die produktive Arbeitslosenfürsorge Beihilfen in der Höhe von 5854 167 Schilling gewährt. 17 276 Arbeitslose wurden dadurch während 2547 998 Arbeitstagen beschäftigt.

In Oesterreich bildet die Altersfürsorge einen Erloß für die fehlende Altersversicherung und eine Entlastung der Arbeitslosenfürsorge, in der Todesfallrente dagegen nur eine Uebergangsmassnahme, die durch die Einführung der Altersversicherung notwendig wurde. Das neue Gesetz über die staatliche Altersunterstützung gewährt sehr dürftige Renten für Personen, die in der Zeit der Einführung der Altersversicherung das 60. Lebensjahr bereits erreicht oder überschritten hatten und deshalb der Leistungen des neuen Gesetzes nicht teilhaftig werden konnten. Die jährliche Altersunterstützung von 500 Kronen, die durch Gemeindeunterstützungen, die höchstens 20 Proz. der staatlichen Unterstützung ausmachen, ergänzt wird, steht der Armenfürsorge näher als der sozialen Versicherung. Durch eine neue gesetzliche Regelung erloß die stichschloßartige Angestelltenversicherung eine nicht unbedeutliche Verbesserung. Die Invaliditätsrente wird nach einer Wartezeit von 60 Monaten gewährt und besteht aus einem festen jährlichen Grundbetrag von 3800 Kronen, zu dem für jeden erworbenen Beitragsmonat Steigerungsbeträge von 2 bis 50 Kronen kommen. Bei der Altersrente, die für Männer nach Vollendung des 65., für Frauen nach Vollendung des 60. Lebensjahres gezahlt wird, kann die Beschäftigung weiter ausgebaut werden. Eine neue Einrichtung bildet die Heiratssteuer, die weibliche Versicherte bekommen, die nach Erreichung von 60 Beitragsmonaten heiraten. Durch die Heiratssteuer werden die sonstigen Anrechte auf Invaliditäts-, Alters- und Rechte nicht beeinträchtigt. Die stichschloßartige Arbeiterkraft vermochte trotz der Bürgerblockregierung gewisse sozialpolitische Errungenschaften durchzusetzen.

S. A.

Starter Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Nach den jetzt vorliegenden endgültigen Ergebnissen der Arbeitsmarktstatistik ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Sonderfürsorge bei bräunlicher Arbeitslosigkeit in der Zeit vom 15. März bis zum 31. März um 440 000 Personen gesunken und beträgt jetzt 1 885 000. Nach den vorläufigen Berichten der Bundesarbeitsämter schreitet die Entlastung des Arbeitsmarktes auch seit dem 31. März weiter fort.

Die deutsche Lebensversicherung im Jahre 1928.

Im Jahre 1928 sind die Kapitalanlagen der deutschen Lebensversicherungsunternehmen um 47 Proz., und zwar von 771 Mill. RM. auf 1 137,9 Mill. RM. gestiegen. Vor dem Kriege verfügten die deutschen Lebensversicherungsunternehmen über Kapitalanlagen von rund 6 Milliarden Mark. Diese 6 Milliarden Mark sind in 10 Jahre in die zukunftsreichen geworden; bei der gegenwärtigen Entwicklung des Lebensversicherungsgeschäfts dürfte es sich aber nur eine Frage von wenigen Jahren sein, um einen solchen Kapitalbestand zu erreichen.

Während des vorigen Jahres wurden 3,2 Millionen neue Versicherungen abgeschlossen, so daß am Jahresende ein Bestand von 9,1 Millionen Versicherungen mit 13 147,4 Mill. RM. Versicherungssumme vorhanden war. Der Anstieg der Versicherungen nach hat die deutsche Lebensversicherung bereits wieder drei Viertel des Vorkriegsbestandes erreicht.

St schon die Entwicklung des deutschen Lebensversicherungsgeschäfts im allgemeinen eine außerordentlich zufriedenstellende gewesen, so kann erfreulicherweise von der gewerkschaftlich-gesellschaftlichen „Volkswirtschaft“ festgestellt werden, daß sie besonders gut vorwärts kam. Sie wird voraussichtlich am Schluß des laufenden Wirtschaftsjahres einen Bestand von annähernd 2 Millionen Policen zählen.

Der Arbeiterstudent.

Solange es für die kapitalistische Produktion nicht nötig war, geschulte Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, hat sich niemand bemüht, dem Arbeiter irgendwelche Ausbildung zuteil werden zu lassen. Erst als es die neue wirtschaftliche Entwicklung, und vor allem die Entwicklung der Technik, im achtzehnten Jahrhundert erforderlich machte, zur Bedienung der Maschinen entwickelte Kräfte zu haben, unterrichtete man den Arbeiter in den nötigsten Dingen. Man errichtete Volksschulen, die mit Privileg und ähnlichen Scherzen den Arbeiterkindern Lesen und Schreiben beibringen sollten. Mit der wirtschaftlichen Umwälzung vollzog sich nun auch eine geistige. Man konnte mit der Zeit die Massen nicht mehr im Dunkeln halten, man gab ihnen geistige Nahrung, aber natürlich nur, weil man immer mehr geschultere Kräfte zur Produktion brauchte.

Heute sieht aber die Sache schon ganz anders aus. Heute streben die Massen selbst zum Wissen, heute sind sie nicht mehr mit dem zufriedenen, was man ihnen gutwillig gibt, heute wollen sie die Spitzen des Geistes erobern. Aber heute streben sie auch die herrschenden Schichten gegen jedes weitere Hinaustragen von Bildung in die Massen. Unser Schulsystem ist stark gefaltet: Volksschule, Mittelschule, höhere Schule. Die Volksschule für die Mittelklassen, die Mittelschulen für den sogenannten Mittelstand, die höheren Schulen für die besseren Menschen, das heißt in unserer Zeit: Menschen mit höherem Einkommen. Ein Ueberpringen von einer Schule in die andere ist ungebührlich schwer. Undenkbar erscheint es, daß ein Proletariatskind die hohe Schule besucht. Auf diese Weise hält die Bourgeoisie das Bildungsprivileg aufrecht und verhindert, daß Arbeiter an die vollkommnenen Bildungsmöglichkeiten herankommen.

Die Reichsreformversuch versucht die erste Welle zu schlagen. Nach Artikel 146 soll Anlage und Reingung eines Kindes und nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Eltern maßgebend für seinen Bildungsgang sein. Reich und Länder sollen Erziehungsbeihilfen bereitstellen, um den minder oder gar nicht bemittelten Kindern den Zugang zu den höheren Schulen zu erleichtern bzw. zu ermöglichen. Aber wie weit sind wir noch heute von diesem Ziel entfernt. Und wir müssen sagen, daß das erst ein kleiner Anfang wäre und uns in jeder Weise bedrängte. Die Kinder der Bekendten können sich spielend durch die Schule in die akademischen Berufe hineinschieben, während das Proletariatskind, wenn es auch schon solche Beihilfen erhält, mit Mühe und Not die Schule absolvieren kann. Der Verehrungstempel der Arbeiterkraft gegen die hilflosen Vorrechte des Besitzes ist letzten Endes ein Kampf mit geistigen Waffen. Die Brechung des Bildungsmonopols ist die Voraussetzung für die Brechung des Bildungsprivilegs. Und so haben die arbeitslosen Arbeiter ganz bestimmte Forderungen aufgestellt: gefordert wird die allgemeine Grundschule als Voraussetzung zu einer übergeordneten Berufsschule. An die Berufsschule würde sich dann die Hochschule anschließen. Alle Lehrmittel werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt, der Unterricht ist frei. In Gemeinden mit sozialdemokratischer Mehrheit hat man in dieser Hinsicht schon manches erreicht. In Neutölln und Hamburg werden jährlich etwa 50 Arbeiterstudenten fertig, die dann unterstützt durch die gesamte Arbeiterkraft ihr Hochschulstudium beginnen.

Die Hoffnung der bürgerlichen Kreise ist es nun aber, von den geistigen Arbeitern aus dem Proletariat möglichst viele in ihre Klasse rüber zu ziehen. Sie müssen darauf hoffen, weil sie unverbraute Kräfte zur Aufzucht ihrer milden Glieder brauchen. Leider kommt es in der Tat nicht unter vor, daß Arbeiterkinder zum Verräter ihrer Klasse werden, aber das sind ohne Zweifel nur Einzelfälle. Am allgemeinen muß man sagen, daß die Arbeiterstudenten ihren Mann im Befreiungskampfe des Proletariats stehen. Ich glaube, wir können große Hoffnungen auf diese neue Generation hegen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit der dem ADGB angehörenden Gewerkschaftsmitglieder Ende März 1929.

Table with 4 columns: Verbände und Berufsgruppen, Zahl der Mitglieder über die Berichte wurde, Von 100 Mitgliedern waren Ende März arbeitslos, Von 100 Mitgliedern überfüllt Ende März. Rows include Bergarbeiter, Glas- und Porzellan-Industrie, Chemie, Metallarbeiter, Kupferhämmer, Maschinenbau, etc.

Alexander Knoll, Sekretär des ADGB, 65 Jahre alt. Von Geburt Berliner, erlernte er den Steinlegerberuf. Frühzeitig Arbeiterführer, trug er wesentlich dazu bei, daß sich die Gefellenorganisation der Steinleger in eine moderne Gewerkschaft umwandelte.

60 Jahre Textilarbeiterbewegung. Am 10. April konnte die deutsche Textilarbeiterbewegung in Deutschland zurückgebildet. Am 10. April 1869 erschien in Ausführung eines Beschlusses des Vereinstages der deutschen Arbeitervereine in Nürnberg vom Jahre 1868 ein Aufruf von Motzler an alle Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Die junge Organisation entwickelte sich sehr gut, so daß vor Ausbruch des Krieges im Jahre 1870 8000 Mitglieder vorhanden waren. Während des Krieges ging sie leider auf 5000 Mitglieder zurück. Am 10. Dezember 1878 ist die Gewerkschaftenbund des Sozialistengesetz zum Opfer gefallen.

Kapital zugute, während das Kapital der kleinen und mittleren Gesellschaften stehen blieb, so daß ihre wirtschaftliche Bedeutung weiterhin zurückging. Nur noch 4,2 Proz. des gesamten Aktienkapitals entfallen heute auf Gesellschaften mit weniger als 0,5 Millionen Mark Kapital.

Bücherchau

Geschichten aus Alaska. Der neueste Jod-London-Band „Einwohner“ (erschienen im Universitäts-Verlag, Berlin, Volkswirtschaftliche Reihe) führt in das Land der Polarfüße, nach Alaska, zur Zeit der Goldfieber. In den Romanen dieses Bandes haben Menschen aufeinander, wie sie die rauhe Natur dieses Landes und der Hunger nach Gold formen.

Emil Bönnefeld: Lokomotivführergeschichten. Uebersetzt von Adolf Kobylich. Verlag J. S. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 8. Preis 2,80 Mk. Abteil vom großen Literaturmarkt schafft in Dänemark ein Lichter der Arbeit, Emil Bönnefeld. Selber als ein Mann der Maschine aufgewachsen, hat er zum Gegenstand seiner Kunst den arbeitenden Menschen gewählt.

In den „Lokomotivführergeschichten“ vermag sich der Dichter hohe Kunst, den Arbeitsprozeß zu befehlen, an einem Stoffgebiet zu erproben, das schon rein äußerlich uns anlockt und fesselt. Tragt doch jeder die Liebe zu der Welt auf den Schienen in sich.

Verbandsnachrichten

Vom 20. April bis 5. Mai ist der 18. Wochenbeitrag fällig. Dem pünktlichen Zahler fällt das Beitragsband leicht.

Berichterstattung über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende April 1929. Alle Verwaltungsstellen, welche die Monatsberichtsformate für den Monat April noch nicht an die Hauptverwaltung eingelandet haben, werden hierdurch dringend ersucht, das bisher Versäumte bis spätestens zum 8. Mai nachzuholen.

Vorübergehende Änderung im Erscheinen der Verbandszeitung. Infolge des Pfingstfestes und des Anfangs Juni stattfindenden Verbandstages findet folgende Umstellung im Erscheinen der Verbandszeitung statt: Es erscheint die

- Nr. 19 vierseitig, Nr. 20 achtfseitig, Nr. 21 vierseitig, Nr. 22 achtfseitig, Nr. 23 vierseitig, Nr. 24 vierseitig, Nr. 25 achtfseitig

Mannheim. Am 13. Februar konnte unser Kollege Ludwig Pfunder auf eine 25jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken.

Verjammlungskalender

Braunschweig. Infolge einiger Formfehler wurde die Wahl in Braunschweig annulliert und wird die Wahl am Dienstag, dem 7. Mai, noch einmal vorgenommen. Wahllokale sind: „Stadt Helmsiedl“, Schoppenstädter Straße, „Augustiner“, Auguststraße. Die Wahl findet nachmittags von 3 1/2 Uhr bis 7 Uhr statt. Dresden. Mittwoch, 15. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus (Speiseaal). Mitgliederversammlung. Beratung der Anträge zum Verbandstag.

Sterbetafel

Augsburg. Am 20. April verfiel plötzlich an Herzschlag unser Kollege, der Tapezierer Rius Wöhr, im 64. Lebensjahre. Berlin. Im Alter von 58 Jahren starb unser Kollege, der Zeile- und Plänenfabrikant Alexander Hufsch, am 24. April. Stuttgart. Am 12. April starb unerwartet unser treues Mitglied, der Autofahrer Willy Schraft, im Alter von 22 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Zus der Gewerkschaftsbewegung

Der Neuabschluss des Mantelvertrages in der Holzindustrie perfekt. Nach längerer Verhandlungsdauer wurde in Stuttgart die schwebende Verhandlung über den neuen Abschluss des Mantelvertrages zum Abschluss gebracht. Es gelang bis auf die Einbeziehung der Lohnsätze und der Ferien für die Lehrlinge zur Vereinbarung zu kommen. In den letzten beiden Fällen wurde ein Schiedsgericht gefällig, der beiderseits von den Parteien ebenfalls Zustimmung fand. Somit ist der Vertrag durch Verhandlung wiederhergestellt und die Zustimmung der beteiligten Organisationen wird sicher erfolgen. Die Erklärung selbst spätestens am 28. Mai 1929 abgegeben werden. Der Vertrag selbst kann entweder als Ganzes angenommen oder auch absehbend werden. Folgende Bestimmungen sind als wesentlich neu vereinbart worden:

Das Arbeitsverhältnis kann nach einer Kündigung von sechs Tagen gelöst werden, wenn nicht innerhalb dreier Monate nach Abschluss des Vertrages in den einzelnen Betrieben anderweitig Änderungen getroffen werden. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 48 Stunden, die drei Pflichtüberstunden pro Woche mit geringem Zuschlag kommen in Fortfall. In der Lohnfrage ist wesentlich, daß nicht mehr von Durchschnitts- und Mindestlöhnen die Rede ist, sondern künftighin Tariflöhne vereinbart werden sollen. Die Kostgeldsätze für Lehrlinge werden folgendermaßen vereinbart. Im 1. Lehrjahr 8 Proz., im 2. Lehrjahr 65 Proz., im 3. Lehrjahr 20 Proz., und im 4. Lehrjahr 80 Proz. Einheitlich wurden die Ferien für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren geregelt und betragen diese fünf Arbeitstage. Der Vertrag soll bis zum 15. Februar 1931 laufen.

Rundschau

Jahreshauptversammlung 1929 der Deutschen Gewerkschaft für Gewerbehygiene. Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene veranstaltet ihre diesjährige (VI.) Jahreshauptversammlung in der Zeit vom 16. bis 18. September in Heidelberg. Hauptverhandlungsthemen sind „Der Fabrikbau“ und „Die Fabrikreinigung“. Im Anschluß an diese Tagung findet die Vierzehnte Jahrestagung der Gesellschaft mit dem Hauptverhandlungsthema „Die Behandlung der gewerblichen Berufskrankheiten“ statt. Die Jahreshauptversammlung ist mit der Veranstaltung eines gewerbehygienischen Vortragssturms, auf dem allgemeine Fragen des gesundheitslichen Arbeitsschutzes besprochen werden, verbunden. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49.

Das Monopol in der Zigarettenindustrie. Der Reemtsma-Konzern, der früher bereits 38 Proz. der deutschen Zigarettenproduktion beherrschte, hat sich in der letzten Zeit sechs große Unternehmungen angeeignet und erlangt damit einen Anteil von 52 Proz. an der deutschen Zigarettenherzeugung. Da weitere Angliederungen bevorstehen, dürfte dieser Prozentsatz demnächst weiter erhöht werden. Der zweitgrößte Zigarettenkonzern, die Neuberger-Gruppe, beherrscht etwa 23 Proz. der deutschen Zigarettenproduktion; auch bei ihm stehen weitere Zusammenflüsse bevor. Die beiden Großkonzerne beherrschen demnach bereits jetzt mehr als Dreiviertel der deutschen Erzeugung. Zwischen den beiden Großkonzernen wurden tarifähnliche Abmachungen getroffen, in die auch die noch außenstehenden Zigarettenfabriken hineinbezogen wurden. Man erwartet von den weiteren Zusammenflüssen das Zustandekommen eines Produktionsmonopols für die deutsche Zigarettenindustrie.

Die deutschen Aktiengesellschaften 1928. Am 31. Dezember 1928 befanden in Deutschland 11842 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 22,9 Milliarden Mark, nicht eingerechnet das Kapital der im Saargebiet gelegenen Gesellschaften und solcher, die ihr Kapital noch nicht auf Reichsmark umgestellt hatten. Insgesamt wuchs das Aktienkapital gegenüber dem Vorjahre um 1,5 Milliarden Mark, während die Zahl der Gesellschaften infolge des fortschreitenden Konzentrationsprozesses um 276 zurückging. Als Ausfluß dieser Erscheinung ist ebenfalls das Anwachsen des Durchschnittskapitals der Aktiengesellschaften von 1,8 Millionen Mark auf 1,957 Millionen Mark zu werten. Diese Kapitalvermehrung kam jedoch allein den großen Gesellschaften mit mehr als 5 Millionen Mark